

Haushalts-Rede 2016 der SPD-Fraktion Stadtallendorf

(es gilt das gesprochene Wort)

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich wie jedes Jahr beginnen mit dem Dank an all diejenigen, die zur Erstellung dieses Haushaltsplanes und der Wirtschaftspläne beigetragen haben. Dafür den Dank meiner Fraktion und von mir. Damit habe ich wenigstens eine Konstante in einem ansonsten sehr ungewöhnlichen Vorgang der Haushaltsverabschiedung. Denn das, was wir heute mit der Beschlussfassung zum Ende bringen, kann man fast als einen Haushaltskrimi bezeichnen, denn so spannend war zwischendrin immer wieder die Frage: Was wird aus diesem Haushalt 2016. Diese Frage werde ich später noch vertiefend erörtern.

Lassen Sie mich jetzt bitte zuerst zu dem „klassischen“ Teil der Ausführungen zum Haushalt 2016 kommen.

Zunächst möchte ich die Wirtschaftspläne der Stadtwerke und des Eigenbetriebs Dienstleistungen und Immobilien würdigen.

Der **Wirtschaftsplan der Stadtwerke** weist bei einem Volumen von rund 12 Mio. € einen Verlust von 230.000 € aus, der zur Hälfte aus den Bereichen Abwasser stammt und alle Betriebszweige umfasst. Dieser soll ohne Erhöhungen der Gebühren aus Überschüssen der Vorjahre gedeckt werden.

Der Zuschussbetrag für die Bäder wird im Planentwurf bedingt durch den Bauabschluss mit 1,077 Mio. € ausgewiesen, den die Stadt komplett zu tragen hat. Und der nur ein Vorgeschmack ist auf den ab 2017 kalkulierten Zuschussbedarf von 1,4 Mio. € bei unveränderten Eintrittspreisen.

Im Vermögensplan werden Maßnahmen von 8,18 Mio. € ausgewiesen, davon etwa 2,5 Mio. € für Investitionen im Bereich Wasser und Abwasser und der größte Brocken mit 4,8 Mio. € für die Sanierung des Hallenbads. Damit weist der Vermögensplan keine unerwarteten Besonderheiten auf.

Der **Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Dul** ist im Erfolgsplan ausgeglichen mit 9,32 Mio. € Volumen. Dazu tragen die Kostenmieten der städtischen Gebäude 6,4 Mio. € bei, der Baubetriebshof 1,99 Mio. €.

Bei den Baumaßnahmen sind die wichtigsten Einzelpositionen mit 0,508 Mio. € das Feuerwehrgerätehaus in Hatzbach, mit 0,3 Mio. € die Planungen für die Feuerwehren in Erksdorf und der Kernstadt und die Restraten für die Sanierung des Gemeinschaftszentrums im letzten Bauabschnitt und des Bürgerhauses in Schweinsberg.

Insgesamt sieht meine Fraktion bei beiden Wirtschaftsplänen in der ursprünglich vorgelegten Form nicht nur keinen Grund zur Kritik, sondern sieht sie ganz im Gegenteil als ein zustimmungsfähiges sehr gutes Werk an.

Wenden wir uns jetzt dem ursprünglichen **Haushaltsplan 2016 der Stadt** zu.

Auch zu diesem gibt es eine Reihe von bedeutsamen Zahlen und Inhalten anzumerken:

Der Ergebnishaushalt in seiner Ursprungsform weist Ordentliche Erträge von auch diesmal ganz genau zu benennenden 60.465.101 € und Ordentliche Aufwendungen von 60.465.375 € auf und damit einen Überschuss von 274 € aus, was als sehr gering bezeichnet werden darf. Aber ebenso als sehr bedeutsam, denn damit wird unser Haushalt zu einem nichtdefizitären Haushalt, was an vielen Stellen wichtige positive Konsequenzen hat. Und wenn man es leicht humoristisch statistisch nehmen will: Der Überschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr sogar fast vervierfacht.

In seinem Volumen erhöht sich der Ergebnishaushalt um beachtliche 4,51 Mio. €. Dies beruht vor allem auf erhöhten Steuereinnahmen, die zum großen Teil durch veränderte Steuersätze erzielt werden, zu denen ich später noch kommen werde: Die Steuereinnahmen belaufen sich auf 53,074 Mio. €, das ist ein Plus von 4,89 Mio. €. Die Gewerbesteuer beträgt nach Plan 39,44 Mio. €. Damit bleibt auch in diesem Haushalt die insgesamt große Steuerkraft erhalten, ebenso wie die starke Abhängigkeit von den Gewerbesteuereinnahmen.

Die wichtigsten Ausgaben Veränderungen der Ausgaben im Erfolgsplan sind zu verzeichnen bei Personal- und Versorgungsaufwendungen mit 896.000 € und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit saldiert 282.000 €.

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen erhöhen sich in der Summe um 538.000 €. Hier ist der erhöhte Ansatz zum Defizitausgleich der Bäder die wichtigste Einzelposition.

Im Finanzhaushalt sind Investitionen mit 5,86 Mio. € veranschlagt und obwohl der Finanzplan einen jahresbezogenen Finanzmittelfehlbedarf von 1,53 Mio. € aufweist – und damit rund eine Millionen weniger als im Vorjahr - kann dieser gedeckt werden aus vorhandenen Finanzmitteln, so dass keine neue Kreditaufnahme notwendig wird und die Verschuldung sogar um 0,62 Mio. € sinkt. Das sind starke Sachverhalte.

Die wichtigsten Investitionen verteilen sich wie folgt:

Der Fachbereich 1 gibt 746.000 € aus, vor allem für die Beamtenversorgungskasse mit 250.000 €, IT-Investitionen mit 151.000 € und dem Investitionszuschuss von 297.000 € für das Hallenbad an die Stadtwerke.

Die Stabstelle sieht 260.000 € für den Kanalneubau Herrenwaldstadion vor.

Der Fachbereich 3 bekommt 430.000 €. Davon erhält die Gefahrenabwehr 224.000 €, die Eigenheimförderung 50.000 € und die Kitas 124.000 €.

Der FB 4 schließlich verwaltet 4,4 Mio. €, die sich in 596.000 € für Grunderwerb, 2,76 Mio. € für Straßenbaumaßnahmen, 200.000 € für Naturschutz und 120.000 € für

Grün-, Park- und Freizeitanlagen, 550.000 € für Gewässerbau und 115.000 € für Friedhofs- und Bestattungswesen aufteilen.

Meine Damen und Herren, damit habe ich jetzt eine Vielzahl von wichtigen Daten für den Haushalt in seiner ursprünglichen Form angeführt, die diesen in ihrer Gesamtheit charakterisieren. Er ist, was diese Daten angeht, von seinen Vorgängern nicht allzu stark abweichend. Und hat damit einen Überschuss von 274 Euro erwirtschaftet. Und das kann man nicht hoch genug einschätzen. Mit diesem Haushalt und seinem Planergebnis hätten wir praktisch allen Bedrohungen ein Schnippchen geschlagen.

So sieht alles gut aus, aber leider nur, weil ich bisher die negativen Aspekte, die diesen Haushalt bestimmen, außen vor gelassen habe. Doch das werde ich jetzt nachholen.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist der erste, der geprägt wird durch den neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA), den die Landesregierung entwickelt und der Landtag beschlossen hat. Und meine Damen und Herren, man mag diesen KFA allgemein bewerten wie man will, für uns in Stadtallendorf bedeutet er eine katastrophale Veränderung in unserer finanziellen Situation mit weitreichenden Auswirkungen auf alle hier in Stadtallendorf.

Da ist zunächst die neu eingeführte Solidaritätsumlage, die zuerst schon einmal zeigt, wie Kleider Leute machen oder hier wie Bezeichnungen Sachverhalte verschleiern. Mit einer einfachen Rechenoperation wird festgelegt, dass wir in Stadtallendorf eine Kommune im finanziellen Überfluss sind. Und dass wir gefälligst davon Geld an andere Kommunen abgeben sollen, damit diese genügend haben. Das wird dann Solidarität genannt. Dabei ist eigentlich das Land dafür verantwortlich, dass alle Kommunen ausreichend Finanzmittel bekommen. Das zu wenige Geld, das man als Land bereit ist in den KFA hineinzugeben, wird mit einem Griff in unsere Kasse aufgestockt, damit es reicht.

Für uns in Stadtallendorf bedeutet dies einen Finanzverlust von über 2,5 Mio. €, die wir in diese Umlage einzuzahlen haben. Geld, das hier in Stadtallendorf aufgebracht wurde, und das nun den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt entzogen wird. Geld, dessen Ausgleich im Haushaltsplan eingearbeitet werden muss, um nicht defizitär zu werden.

Dabei wird auf Landesebene beileibe nicht danach gefragt, ob es in unserer Stadt spezielle Belastungen gibt, die einen Verzicht auf diese Umlage sinnvoll erscheinen lassen. Keiner fragt nach unseren Belastungen durch Wasserschutzzonen, Industriegebiete, Lärmtrassen an der Schiene und Straße, den besonderen sozialen Herausforderungen in unserer Stadt, die nicht klassisch gewachsen ist und nicht zuletzt den unterdurchschnittlichen Einkommensverhältnissen. Alles das ist unser privates Problem als Stadt Stadtallendorf, das Land kümmert sich darum einen feuchten Kehricht.

Ist dieser erste Punkt schon gravierend genug, um daran fast zu verzweifeln, ergibt sich aus weiteren Festlegungen noch gravierendere Probleme: Mit einem Federstrich hat die Landesregierung entschieden, dass bei allen Abgaben, die die Stadt zu entrichten hat, nicht entscheidend ist, welche Steuerhebesätze in unserer Stadt für Grundstücke und Gewerbebetriebe gelten, sondern dafür Nivellierungshebesätze

angewandt werden. Und diese setzt das Land in eigener Machtvollkommenheit fest. Mit der Begründung: Die Kommunen verwenden zu niedrige Steuerhebesätze, dies müsse nach oben korrigiert werden.

In unserer Stadt liegen diese vom Land festgesetzten Nivellierungshebesätze bei 332 % bei der Grundsteuer A, bei 365 % bei der Grundsteuer B und bei 357 % bei der Gewerbesteuer. Unsere aktuellen Steuerhebesätze liegen jedoch bei 270 % bei der Grundsteuer A und bei der Grundsteuer B und bei 330 % bei der Gewerbesteuer.

Damit beträgt die Differenz für die Erhöhung bei der Gewerbesteuer gut 8 %, bei der Grundsteuer A knapp 23 % und bei der Grundsteuer B sogar 35 %!

Und diese erhöhten Sätze werden der Stadt angerechnet, z. B. bei der Kreisumlage, die von diesen Beträgen 57 % einfordert. Das bedeutet, dass man auf nicht vorhandene Steuereinnahmen noch einmal mehr als die Hälfte draufpacken muss, die man an übergeordnete Stellen abführen muss. Kein Mensch hat bisher einen Vorschlag entwickelt, wie man eine solche Situation auf Dauer bewältigen kann, ohne die tatsächlich erhobenen Steuersätze an die anzupassen, die bei den Nivellierungshebesätzen vorausgesetzt und angerechnet werden. Denn es geht um viel Geld. Die Differenz zwischen bisherigen Steuerhebesätzen und den Erträgen nach den Nivellierungshebesätzen beträgt bei uns fast 3,9 Mio. €, von denen 3,09 Mio. € auf die Gewerbesteuer, 792.000 € auf die Grundsteuer B und 15.000 € auf die Grundsteuer A entfallen. Die darauf zu zahlende Kreisumlage beträgt über 2,2 Mio. €, und auch dieses Geld müsste zusätzlich zur sogenannten Solidaritätsumlage im Haushalt erwirtschaftet werden.

In der Logik dieser Situation sieht der vom Magistrat vorgelegte Entwurf des Haushalts 2016 eine Anpassung der Steuerhebesätze an die Werte der von Landesseite verordneten Nivellierungshebesätze vor. Unser Bürgermeister bezeichnet diese Konsequenz in seiner Haushaltsrede als von ihm nicht gewollt, aber als alternativlos. Und damit hat er wohl auf Dauer gesehen recht.

Und an dieser Stelle beginnt das, was ich zum Anfang meiner Rede als „Krimi“ bezeichnet habe: Zur zweiten Lesung des Haushalts in den Ausschüssen überrascht die CDU mit der Mitteilung, dass sie die Erhöhung der Steuersätze auf die Nivellierungshebesätze nicht mittragen könne und werde.

Wieso „überrascht“ werden jetzt einige fragen? Die CDU hat doch schon immer mal auf allen Ebenen erklärt, dass sie gegen Steuererhöhungen sei. Ja, das stimmt im Grundsatz. Aber bei uns hier in Stadtallendorf ist die Vorgeschichte doch etwas anders:

Im Jahr 2015 haben wir uns schon mit den Implikationen des kommenden KFA befasst. Wir wussten zwar noch nicht, wie hoch die sogenannte Solidaritätsumlage ausfallen würde (weil das berechnete das Land erst gegen Ende des Jahres), aber wir wussten, dass die Nivellierungshebesätze kommen werden. Und dass die konkreten Abgaben, die 2016 abzuführen sind, sich auf die eingenommenen Steuern im zweiten Halbjahr 2014 und im ersten Halbjahr 2015 beziehen. Zumindest für den Zeitraum 2015 sollten die erhobenen Steuern den (fiktiven) Einnahmen entsprechen.

In den Vorberatungen zu einem Nachtragshaushalt 2015 wurden diese Zusammenhänge erläutert. Die CDU sah, anders als die SPD, diese Notwendigkeit der rechtzeitigen Erhöhung nicht für die Grundsteuern, wohl aber für die Gewerbesteuer.

Auf dieser Basis wurde dann ein Nachtrag verabredet, der einzig die Gewerbesteuererhöhung beinhalten sollte und damit für 2016 eine Verringerung des Einnahmeverbrauchs von rund 2 Mio. € bedeutet hätte. Geld, das in 2016 für eine angemessene Ausgestaltung im Haushalt zur Verfügung gestanden hätte!

Völlig überraschend lehnte die CDU den Nachtrag 2015 ab. Mit der Begründung, dass genügend freie verfügbare Finanzmasse im Haus zur Verfügung stünde. Es wurde zwar von Seiten der Verwaltung dargelegt, dass diese Mutmaßung unzutreffend ist und Finanzbarbestände nicht zum Ausgleich eines Ergebnishaushaltes herangezogen werden können. Dies änderte aber nichts an dem Gesamtergebnis: Der Nachtragshaushalt 2015 und damit die Chance zur Abpufferung für 2016 war geplatzt.

Wenn danach das Thema Haushalt bis zur Einbringung des Haushaltplans für 2016 erledigt gewesen wäre, dann wäre die oben angeführte Überraschung nicht ganz so groß gewesen. Aber das Thema Haushalt und Möglichkeiten zur Einsparung hat uns das ganze zweite Halbjahr 2015 nicht verlassen.

Denn es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, in der alle Fraktionen zumindest durch ihre Vorsitzenden, teils auch durch weitere Fraktionsmitglieder, vertreten waren, dazu der Bürgermeister mit den jeweils thematisch wichtigen Mitarbeitern der Verwaltung. Diese Arbeitsgruppe hat mehr als ein halbes Dutzend mal getagt, teilweise in langen Stunden. In einer Atmosphäre, die der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede zu Recht als an der Stadtpolitik und nicht an der Parteipolitik orientiert kennzeichnete.

Bis zum Abwinken haben wir alle Produkte mit hohen Produktdefiziten durchleuchtet. Immer mit der Frage, wo gibt es konkrete Einsparpotenziale. Und in diesen intensiven Beratungen mussten alle feststellen: Es gibt keine Ansatzpunkte, um schnell in größerem Umfang Einsparungen vorzunehmen. An manchen Stellen wurden eventuelle mittel- bis langfristige Einsparpotenziale herausgearbeitet. Und es wurden auch weitere Erörterungen zu solchen Potenzialen für 2016 nach der Kommunalwahl fest verabredet. Und der Bürgermeister hat diese Zusage in seiner Haushaltsrede noch einmal bekräftigt.

Mit der Hoffnung auf mittelfristige Verbesserungen, aber ohne solche für kurzfristige Einsparungen, war der Grundtenor in der Arbeitsgruppe einheitlich. Und man war am Ende soweit, dass man gemeinsam beraten hat, wie die noch klaffende Lücke im Haushalt 2016 geschlossen werden kann. Keine leichte Aufgabe, aber die Gruppe hat sich ihr gestellt und sie auch erfolgreich gemeistert. Am Ende gab es klare Zahlen, wie der Haushalt 2016 vorgelegt werden sollte: ausgeglichen, mit 274 € Überschuss, aber auch mit einer Erhöhung der Steuersätze auf die Nivellierungshebesätze.

Nach diesem Vorlauf und nachdem der Haushaltsentwurf des Magistrats in allen Punkten dem entsprach, was in der Arbeitsgruppe besprochen war, war es völlig unerwartbar, dass die CDU von dieser Linie abrücken würde. Die FDP und die Republikaner hatten schon vorher klargestellt, dass sie eine unverantwortliche populistische

Ablehnung einer verantwortlichen Unterstützung eines ausgeglichenen Haushalts vorziehen. Da hatte man nichts anderes erwartet.

Aber bei der CDU war das anders. Hier erwarteten wir Sozialdemokraten, dass die CDU nicht die Verantwortung dafür übernehmen wollte, dass diese unsere Stadt mit einem nicht genehmigungsfähigen oder defizitären Haushalt in die vom Land verordneten Zwangsmaßnahmen geraten würde. Mit Erhöhung der Gebühren für Kindertagesstätten und Friedhöfe, mit Erhöhung der Grundsteuer B nicht nur auf 365 %, sondern sogar auf 456 %.

Dies wurde auch zwischen den Fraktionen kommuniziert und die klare Notwendigkeit formuliert: Wenn Steuererhöhungen nicht stattfinden sollen, dann muss der Haushaltsausgleich mit anderen Maßnahmen sichergestellt werden.

Und hier muss ich der CDU mein Lob zollen: Sie hat eine Liste von Vorschlägen zusammengestellt, die in ihrer Planung rechnerisch die kompletten entgangenen Steuereinnahmen ausgeglichen hätten. Dies war ein Akt großer Arbeit und großer Verantwortung.

Doch leider war der Wille allein nicht ausreichend: Bei der detaillierten Erörterung der Vorschläge der CDU stellte sich heraus, dass die allermeisten Überlegungen nicht umsetzbar waren. Leider, wie man wohl sagen muss.

Damit kamen wir zu des Krimis zweitem Kapitel: Die Eingangsprämissen der CDU, nämlich die Steuern nicht zu erhöhen und trotzdem den Haushalt auszugleichen, konnten nicht mehr gemeinsam standhalten. Und für uns war die Frage: Welchen Weg nimmt die CDU?

Dies ist nun die zweite Stelle, an der ich der CDU und vor allem dem Fraktionsvorsitzenden Georg Lang ein Lob aussprechen möchte. Er wählte den Weg, ein vertrauliches Gespräch zu initiieren mit den Fraktionen, die sich zu einer Lösung der Haushaltsfrage im Sinne des Wohls der Stadt Stadtallendorf bekannt haben.

In diesem Gespräch wurden, wieder geleitet von der Politik zum Wohle der Stadt und nicht der einzelnen Partei, zwischen CDU, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen geklärt, welchen Spielraum die drei Fraktionen für eine einvernehmliche Lösung in der Haushaltsfrage sehen.

Und das, was dort als gemeinsame Orientierungslinie vereinbart wurde, finden Sie heute in dem gemeinsamen Haushaltsantrag der drei Fraktionen wieder. Man konnte sich darauf verständigen, dass eine so große Erhöhung der Grundsteuern für die zumeist Privatpersonen (ich hatte die Prozentsätze von 23 % und über 35 % ja schon erwähnt) vermieden werden sollte. Ziel war es, die Erhöhung dieser Sätze in diesem Jahr nur zur Hälfte wirksam werden zu lassen. Der Gegenfinanzierungsbedarf dafür lag bei etwa 400.000 €. Ein Verzicht auf die Gewerbesteuererhöhung konnte wegen der absoluten Finanzmenge nicht finanziert werden. Und die Erhöhung ist, hinsichtlich der prozentualen Steigerung, auch nicht so extrem wie bei der Grundsteuer.

Für die Finanzplanung verständigte man sich, von einer Angleichung der Steuersätze an die Nivellierungssätze auszugehen, damit keine strukturellen Defizite in der

Zukunft ausgewiesen werden mussten. Allerdings verständigte man sich auch darauf, dass die Frage der Höhe der Grundsteuern erst mit den Beratungen des Haushalts 2017 abschließend geklärt werden soll und man auch dann nach Möglichkeiten zu Reduzierung der Belastung der Grundsteuerzahler suchen muss.

Für dieses politische Ziel musste eine Finanzierung gefunden werden. In einem vertraulichen Gespräch mit der Verwaltung wurde besprochen, auf welche Positionen die Zielvorgabe herunter gebrochen werden könnte. Auch das finden Sie im Ergebnis in unserem gemeinsamen Antrag wieder, mit dem Ergebnis, dass der Haushaltsüberschuss sogar auf 349 € gesteigert werden konnte. Dies war ein erneuter Beweis der tollen Kooperation, die die Verwaltung in Sachen Haushalt mit den Stadtverordneten an den Tag gelegt hat. Dafür noch einmal mein ausdrücklicher Dank.

Damit konnte die große Zielvorgabe, einen ausgeglichenen Haushalt für 2016 zu schaffen, mit dem politischen Ziel, die notwendigen Erhöhungen nicht im vollen Umfang auf die Steuerzahler wirken zu lassen, vereinbart werden. Und wenn wir heute unseren gemeinsamen Änderungsantrag beschließen und danach den Haushaltsplan 2016 und die Wirtschaftspläne, dann ist ein großes Werk gelungen.

Ein Werk, auf das wir Parlamentarier stolz sein können. Stolz, weil wir eigenständig und aus uns heraus, diesen Weg bereitet haben. Und stolz, weil die Menschen in der Stadt Stadtallendorf auch damit leben können: Wir haben sie vor dem Chaos eines nicht ausgeglichenen Haushalts bewahrt.

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten tragen dieses Ergebnis mit, weil es ein so hohes Ziel, nämlich unsere kommunale Gestaltungsfähigkeit, erhalten hat.

Aber ich will an dieser Stelle nicht verschweigen, dass wir alle dafür einen Preis zahlen müssen. Denn die Veränderungen im Haushalt, die für die Gegenfinanzierung der unterlassenen Steuererhöhungen notwendig sind, sind keine wirklichen Einsparungen in dem Sinne, dass man auf Dauer auf eine Maßnahme verzichten konnte. Alle Beträge ergeben sich durch Verschiebung dieser Maßnahmen auf der Zeitachse.

Mit unserem Beschluss werden Anstreicherarbeiten um mindestens ein Jahr geschoben, die Gebäude sind ein Jahr länger unansehnlich oder nicht fertig gestellt.

Mit unserem Beschluss werden Straßenunterhaltungsmittel gekürzt, so dass ein Teil der Straßen nicht in 2016 saniert werden kann, obwohl es notwendig wäre. Hoffentlich nimmt niemand dadurch Schaden.

Mit unserem Beschluss werden die Mittel zur Instandhaltung der Elektrizitätsanlagen im Herrenwaldstadion merklich reduziert. Ich hoffe inständig, dass nichts an diesen Anlagen passiert.

Mit unserem Beschluss wird auch die Eröffnung des Hallenbades nach hinten verschoben. Das bedeutet drei Monate länger warten auf die Nutzung des Bades. Ich hoffe, die dringend auf das Hallenbad Angewiesenen können auch diese Zeit noch überbrücken.

Alles das sind Punkte, die für meine Fraktion nicht schön sind, die eine Belastung für die Bürger darstellen. Entstanden aus dem Willen, die Bürger zu schonen. Der Widerspruch liegt auf der Hand.

Wir Sozialdemokraten hätten die uns aufgezwungene Erhöhung der Steuern auf die Nivellierungshebesätze mitgetragen. Weil sie in ihrer Notwendigkeit nur aufgeschoben werden kann, nicht aber wirklich dauerhaft verhindert.

Wir wären auch bereit dazu gewesen, das den Bürgern mitzuteilen. Unter Nennung des Verantwortlichen, nämlich der Hessischen Landesregierung, mit vollem Namen.

Dass die CDU dazu nicht Willens war, ist sogar zum Teil verständlich. Aber bei allem Verständnis: Es wäre ein für die Menschen in dieser Stadt besseres Ergebnis möglich gewesen: Mit einem Nachtragshaushalt 2015 und auch einem Haushalt 2016, der die künftigen Hebesätze nicht zu verstecken sucht.

Dennoch ist der heutige Haushaltsbeschluss für diese Stadt und ihre Menschen bei den gegebenen Rahmenbedingungen und der Vorgeschichte ein vorzeigbarer Beweis verantwortungsvollen Parlamentarismus und wird die Zustimmung der SPD finden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.